

Hans Maaß

60 Jahre Staat Israel - Vision und Wirklichkeit

1. Jahrtausende Israelsehnsucht

Entgegen allgemeiner Auffassung gab es auch nach der Zerstörung des Tempels durch die Römer im Jahr 70 und der Niederschlagung des Bar-Kochba-Aufstands im Jahr 135 immer eine jüdische Bevölkerung im Land der biblischen Geschichte und Verheißung. Lediglich Jerusalem durfte von Juden nicht mehr betreten werden; aber auch dieses Verbot wurde von Einzelnen heimlich unterlaufen.

Vor allem aber bildete sich im Jahr 70 ganz offiziell unter Leitung des legendären Jochanan ben Zakkai in Javne eine jüdische Akademie, und nach 135 etablierte sich der Sanhedrin reihum an verschiedenen Orten in Galiläa.

Nach dem Talmud-Traktat Rosh Hashana 31a „wanderte das Synedrium zehnmal aus, wie es überliefert ist: von der Quaderhalle nach der Kaufhalle, von der Kaufhalle nach Jerušalem, von Jerušalem nach Jabne, von Jabne nach Uša, von Uša nach Jabne, von Jabne nach Saphraám, von Saphra’am nach Beth Se’arim, von Beth Se’arim nach Sepphoris und von Sepphoris nach Tiberjas; am tiefsten war sie in Tiberjas, denn es heißt [Jes 29,4]: *dass du tief drunten von der Erde her redest.*“

Es gibt sogar ein Dorf in Galiläa, das ununterbrochen jüdisch bewohnt war:

„Pekiin ist das einzige Dorf, in dem immer seit der Zerstörung des Tempels vor 1937 Jahren Juden gelebt haben. In den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts gab es noch mehrere solcher Dörfer in Galiläa, in denen im 16. Jahrhundert einige zehntausend einheimische Juden lebten. Diese Juden, die das Land nie verlassen haben, hatten den Namen Mistarabim, Arabisierte (Heute der Name für die israelischen Soldaten, die in den besetzten Gebieten als Araber verkleidet aktiv sind). Von der jüdischen Urbevölkerung in Pekiin ist aber nur noch eine alte Frau übrig geblieben. Die anderen Juden sind zugezogene Juden aus der Diaspora.“¹

Die Synagoge des Dorfes soll aus byzantinischer Zeit stammen. Einige verzierte Steine in der Synagoge stammen sicher von einer byzantinischen Synagoge. Der Bau der heutigen Synagoge geht aber sicher nur auf das 19. Jahrhundert zurück. Auch im Mittelalter zog es immer wieder jüdische Pilger ins Land der Verheißung; viele wurden auch sesshaft. So trafen die Kreuzfahrer bei ihrer Eroberung Jerusalems im 1. Kreuzzug nicht nur Muslime, sondern auch Juden an. Der vielleicht bekannteste jüdische Übersiedler ins Land der Väter war Maimonides. Er

1. Pressemeldung von Michael Krupp, 07/12/17; Pekiin (פקיעין) liegt „in einem kleinen Tal in Obergaliläa unweit der Straße von Nahariyya nach Sasa, 25 km im O[sten] von Nahariyya. Der Talmud erwähnt es als Peqa oder Beqa (was Riss oder tiefes Tal bedeutet). [...] Der Tradition zufolge soll Raschbi in einer Höhle beim Dorf den *Zohar* geschrieben haben (sieh Meron). Die Juden von Peqi’in sollen nie ins Exil geführt worden sein, sondern jahrhundertlang in diesem verborgenen, fruchtbaren Tal gewohnt haben.“ (Israel-Reiseführer, Tourguide Ltd. und Bet A. Lewensohn Ltd., Tel Aviv 1979, S. 426). Tatsächlich erwähnt der Talmud Chag 3a einen Ort dieses Namens. Seine geographische Lage geht jedoch nicht daraus hervor.

kam 1165, also zwischen dem 2. und 3. Kreuzzug nach Palästina, zog aber weiter nach Ägypten, wo er schließlich Leibarzt des Sultans Saladin und oberste jüdische Autorität Ägyptens wurde. Nicht ganz so bekannt, aber für die jüdische Ansiedlung in Jerusalem bedeutender war der 60 Jahre später geborene Nachmanides, der im Alter von 70 Jahren nach Jerusalem übersiedelte, die von den Tataren vertriebenen Juden zur Rückkehr nach Jerusalem motivieren konnte und eine zerstörte Synagoge wieder aufbaute, so dass sich dort ein religiöses Zentrum bilden konnte.

1.1 Seder und Pijutim

Bereits vor Maimonides hatte ein bedeutender jüdischer Dichter in Spanien, Yehuda Halevi (ca. 1080 - 1145) in einem leidenschaftlichen Lied die jüdische Zions-Sehnsucht zum Ausdruck gebracht:

Mein Herz ist im Osten
und ich bin im Westen
Wie soll mir schmecken,
was ich esse, wie soll es mir munden?
Wie soll ich zahlen
meine Gelübde und Versprechungen,
während Zion in Edoms Fesseln
und ich in Arabs Ketten?
Wertlos ist mir alles Gute Spaniens,
wie teuer in meinen Augen
der Staub des zerstörten Palastes

Wir sehen daran, wie sehr jüdisches Denken immer um das Land der Vorfahren, das verheißene Land kreiste. Yehuda Halevi brach schließlich 1141 nach dem Land seiner Sehnsucht auf, gelangte zunächst nach Alexandrien, von wo er sich nach Jerusalem aufmachte, wo er allerdings nicht ankam.

In einem geistlichen Lied (Pijut) des Moses ben Kalonymos aus Mainz (Ende des 10. Jh.) wird die Befreiung des Gottesvolkes aus Ägypten in der letzten Strophe typologisch auf die Rückkehr des jüdischen Volkes nach Jerusalem gedeutet:

Die Vollendung der Schönheit wird einst in aller Pracht erstehen,
deine Offenbarungsstätte wird wie vordem dort errichtet.
Ihre Größe ragt hoch empor,
erhaben und mächtig,
in ihr wollen wir dir ewiglich ein neues Loblied singen.²

Diese religiösen Gedichte nehmen auf, was seit alter Zeit wesentlicher Bestandteil der Pessach-Haggada ist, die in dieser jährlichen feierlichen Begehung des

2. [Hrsg.] SIMON HIRSCHHORN, *Tora, wer wird dich nun erheben? Pijutim Mimagenza*, Verlag Lambert Schneider, Gerlingen 1995

Exodus ebenfalls die Brücke zwischen der Frühzeit des Volkes zu seiner Zukunft in Jerusalem schlägt.

Bereits im Eingangsteil, beim Erheben des Sedertellers mit den symbolischen Speisen wird gesprochen:

Seht, welch armseliges Brot unsere Väter im Lande Ägypten genossen haben! – Wen es hungert, der komme und esse, wer es bedarf, der komme und halte Pessach; *dieses Jahr hier, künftiges im Lande Israels; dieses Jahr dienstbar, künftiges frei.*

Diese Worte werden am Ende der Feier leicht verändert – man könnte auch sagen: zugespitzt – wieder aufgenommen:

לְשָׁנָה הַבָּאָה בִּירוּשָׁלַיִם

Das kommende Jahr in Jerusalem

Diese Hoffnung durchzieht das jüdische Bewusstsein seit der Zerstörung Jerusalems durch die Römer und ist die geistige Keimzelle auch des modernen Zionismus, auch wenn dieser andererseits auch im Zusammenhang mit den Nationalstaatsbewegungen des 19. Jh. gesehen werden muss.

1.2 Ein Brief aus Jerusalem

Durch einen glücklichen Umstand kam ich in den Besitz zweier Briefe aus den Jahren 1916/17, die ein beeindruckendes Beispiel für diese Sehnsucht sind. Da ich zu den Geburtsjahrgängen gehöre, die in der ersten Klasse noch die deutsche Schrift lernten, ehe die lateinische Normschrift eingeführt wurde, erhielt ich in Israel die Kopie dieses Schriftwechsels eines aus Rumänien stammenden Juden namens Selig Grünfeld mit der Bitte, die deutschen Schriftzeichen in lateinische Buchstaben zu übertragen.

Aus dem ersten der beiden Briefe geht hervor, dass sein jüngster Sohn in der rumänischen Heimat gestorben war, während er sich in Jerusalem befand. Er war nach Erhalt dieser Todesnachricht

„nicht fähig gleich zu schreiben und an Euch Trostworte zu sprechen, da ich selber des Trostes benötigte; nun habe ich mich durch Profeten, Weisensprüche und Talmudstellen so weit gefasst, dass ich an Euch folgendes sagen kann: Unser Schmerz und Verlust ist sehr groß, aber der Wille des himmlischen Richters, dessen Urteile wir nicht verstehen können, war so, und wir als aufrichtige, glaubenstreue Juden dürfen über den Vollzug seiner Urteile, wenn selbe noch so stark schmerzen, nicht murren und tadeln, sondern wissen, dass seine Handlungen gerecht sind. Der Ewige hat gegeben und der Ewige hat genommen, sein Name sei gelobt. Wir wollen vielmehr unsere Wege und Handlungen nachsuchen um selbe wie weit möglich zu verlassen.“

Der zweite Brief ist wohl die Antwort auf die Bitte seiner Frau, in diesen Kriegsjahren zu ihr zurückzukehren. Diese Bitte schlägt er jedoch – offensichtlich aus

religiösen Gründen – mit eindeutigen, wenn auch rührenden Worten ab:

„Liebe, gute Chaje und teure, herzige Kinder,

Dein liebes Schreiben erhalten in dem Du mir den guten und wohlgemeinten Rat erteilst. dass ich soll jetzt während der bedrängenden Zeit zu Euch kommen soll, Du weißt, meine Liebe, dass ich immer Deinem Willen nachgekommen bin, jetzt aber kann ich Deinem Rat nicht Folge leisten, denn es ist bei mir so bestimmt der Entschluss bei meinem Fortkommen gefasst worden, das heilige Land, wenn auch auf kurze Zeit, nicht zu verlassen, und überhaupt laut meiner Körperschwäche und Gebrechen kann ich eine solche Reise zu Land, die 5-6 Wochen dauern kann, nicht mitmachen.“

Dass er diese Bitte nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber seiner Frau abschlägt, geht aus einer späteren Stelle dieses Briefs hervor:

„Liebe, teure Mutter, wenn ich auch Deinen Rat nicht befolgen kann, machte [der]selbe auf mich einen besonderen freudigen Eindruck, da Du mir versprichst mitzukommen, meine Teure, wann Du einen aufrichtigen und ernsten Sinn für das heilige Land hast, [...] und wann Du auch irdische Genüsse, die Du dort haben kannst, hier entbehren musst, so wirst Du hier zum Ertrag geistige Genüsse haben, und wirst erst sehen, was Leben und Vergehen auf dieser Welt heißt.“

Hier findet fromme Jerusalemsehnsucht ihre tiefste Erfüllung. Ohne diese Stimmung zu kennen, wird man nicht voll erfassen, was religiöse Kreise an dieses Land bindet. Aber ist dies auch gleichbedeutend mit dem Wunsch nach einem Staat Israel?

1.3 Zionismus – Land oder Staat

a. Basel und der erste Zionistenkongress 1897

Es gibt einen Tagebucheintrag Theodor Herzls auf dem Rückweg vom ersten Zionistenkongress in Basel 1897:³

„Fasse ich den Baseler Congress in ein Wort zusammen - das ich mich hüten werde öffentlich auszusprechen – so ist es dieses: in Basel habe ich den Judenstaat gegründet.

Wenn ich das heute laut sagte, würde mir ein universelles Gelächter antworten: Vielleicht in fünf Jahren, jedenfalls in fünfzig wird es jeder einsehen. Der Staat ist wesentlich im Staatswillen des Volkes, ja selbst eines genügend mächtigen Einzelnen (l'état c'est moi, Ludwig XIV.) begründet. Territorium ist nur die concrete Unterlage, der Staat ist selbst wo er Territorium hat, immer etwas Abstractes. Der Kirchenstaat besteht auch ohne Territorium, sonst

3. Auszug aus dem Tagebucheintrag Theodor Herzls vom 3. September 1897; in: [Hrsg.] Heiko HAUMANN, *Der erste Zionistenkongress von 1897. Ursachen, Bedeutung, Aktualität*, Verlag S. Karger, Basel 1997, S. 133 (Faksimile)

wäre der Papst nicht souverän.“

Dieses Zitat scheint in einem entscheidenden Punkt undeutlich zu sein: Dachte Herzl an einen realen Staat oder nur an ein Ideal? Mit Sicherheit nicht! Unmittelbar danach unternahm er alle erdenklichen Anstrengungen, dem damaligen osmanischen Reich ein Territorium abzukaufen. Er bemühte sich dazu sogar um die Vermittlung des deutschen Kaisers Wilhelm II.⁴ Dennoch ist daran bemerkenswert, dass der Begriff „Staat“ und damit auch der Zionismus nicht einfach in einer territorialen Vorstellung aufgeht. Dies ist vor allem auch im Blick auf Martin Bubers Zionismus wichtig.

b. Martin Buber

Martin Buber vertrat als Zionist die Auffassung, dass das jüdische Volk im verheißenen Land seiner Vorfahren leben müsse und führte dafür geschichtstheologische Gründe an:

„Unsere Rückkehr nach Erez Israel, die sich in den Formen | einer stetig zunehmenden Einwanderung vollziehen muss, will kein fremdes Recht beeinträchtigen. In einem gerechten Bund mit dem arabischen Volke wollen wir die gemeinsame Wohnstätte zu einem wirtschaftlich und kulturell blühenden Gemeinwesen machen, dessen Ausbau jedem seiner nationalen Glieder eine ungestörte autonome Entwicklung sichert.“⁵

Buber schwebt also ein binationaler Staat vor, sofern er überhaupt konkret an einen Staat dachte; denn zu diesem Zeitpunkt war das britische Mandat über diesen Teil des ehemaligen osmanischen Reiches gerade zwei Jahre in Kraft. Das Wort „Gemeinwesen“ lässt viele Möglichkeiten offen.

Als jedoch 1948 der Staat Israel ausgerufen worden war, sprach er unmissverständlich aus, wie er sich die Verwirklichung seiner zionistischen Idee vorstellte. In einem Aufsatz „Zweierlei Zionismus“, erschienen in der Zeitschrift „*Beajot haSman*“ (wörtl.: *Probleme der Zeit*) vom 27. Mai 1948 schrieb er:

„Es gibt von den Anfängen des modernen Zionismus an zwei Grundtendenzen in ihm, die zueinander in einem bis in die Tiefe der menschlichen Existenz reichenden Gegensatz stehen. [...] Man kann die beiden Tendenzen in ihrem Ursprung als zwei verschiedene Interpretationen des Begriffs »Wiedergeburt« erfassen.

Die eine verstand unter »Wiedergeburt«, dass von neuem ein echtes Israel aufkomme, in dem nicht, wie auf dem Wüstengang des Exils, Geist und Leben nebeneinander bestehen, [...] sondern der Geist sich das Leben baut

4. Vgl. dazu meinen Aufsatz „Vom »Antisemitismus der trägen Herzen« zu einem erneuerten Verhältnis zwischen Christen und Juden“; in *karlsruher pädagogische beiträge* 46/1998

5. Vorgetragen auf dem 12. Zionistenkongress 1921 in Berlin; in: Paul R. Mendes-Flohr, *Ein Land und zwei Völker*, Insel Verlag, München 1983, S. 87 f.

wie sein Haus, ja wie sein Fleisch. Mit Wiedergeburt ist hier somit nicht ein gesicherter Fortbestand des Volkes anstatt des bisherigen ungesicherten gemeint [...].

Die andere Tendenz verstand unter »Wiedergeburt« einfach: Normalisierung. Zu einem »normalen« Volk gehören Land, Sprache und Selbständigkeit; diese müssen wir wiederbekommen, alles andere braucht uns nicht zu bekümmern, das | wird sich schon selber fügen. Wie die Menschen in dem Land miteinander leben, was die Menschen in dieser Sprache sagen, in welchem Verhältnis diese Selbständigkeit zur übrigen Menschenwelt steht, das gehört gar nicht zum Kapitel der Wiedergeburt. Werde normal und du bist wiedergeboren!“⁶

Man spürt diesen Worten Bubers Verbitterung über die Entwicklung der politischen Verhältnisse an, obwohl auch er zugeben musste, dass unter den realen Bedingungen damals keine andere Lösung möglich war; dennoch empfand er sie als Verrat an dem, was er unter Zionismus verstand. Seine Vision war die Entwicklung dieses unter türkischer Herrschaft völlig heruntergekommenen Landes und des gesamten Vorderen Orient zu einer blühenden Landschaft. Und dem jüdischen Volk sollte dabei die Vorbildfunktion für Gerechtigkeit und Frieden zukommen! Einem *Staat* gestand er diese Möglichkeit nicht zu, da ein Staat auf Staatsräson achten müsse – auch um den Preis von Gewalt und Unrecht gegenüber inneren und äußeren Gegnern.

1.4 Heimstätte

Buber konnte sich dabei wie auch der politische Zionismus auf die sogenannte Balfour-Erklärung berufen. Darin schrieb der britische Außenminister Arthur James Balfour am 2. November 1917 an *Lord Rothschild* einen Brief, die britische Regierung „betrachtet die Errichtung einer Nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina mit Wohlwollen und wird sich nach besten Kräften dafür einsetzen, die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern.“

Diese Formulierung ist äußerst zurückhaltend, zumal wenn man bedenkt, dass die zionistische Bewegung ursprünglich im Juli 1917 einen Entwurf verfasst hatte, in dem es hieß, dass die britische Regierung „das Prinzip, dass Palästina als Nationale Heimstätte des jüdischen Volkes wiederhergestellt werden sollte“, gutheiße und „sich nach Kräften bemühen wird, die Erreichung dieses Zieles sicherzustellen, und mit der Zionistischen Organisation die dafür notwendigen Maßnahmen und Mittel erörtern wird.“⁷ Davon konnte hier keine Rede mehr

6. In: Mendes-Flor, a.a.O., S. 287 f.

7. Shmuel ETTINGER, *Die Neuzeit*; in: Haim Hillel BEN-SASSON u. a., *Geschichte des jüdischen Volkes. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Sonderausgabe, Verlag C. H. Beck, München 1992, S. 1216

sein. Dennoch beruft sich der Staat Israel bis heute auf jene britische Garantieerklärung, die allerdings nach der Übertragung des Mandats von Großbritannien nur sehr halbherzig wahrgenommen wurde.

2. Vom Völkerbund zur UN-Resolution 181

2.1 Das halbherzige Mandat und seine Folgen

Die jüdische Weltbevölkerung sah sich vor allem enttäuscht, weil Großbritannien von Anfang an die jüdische Einwanderung sehr starken Restriktionen unterwarf und kontingentierte. Dennoch kam es ständig zu Unruhen seitens der arabischen Bevölkerung, die in der jüdischen Einwanderung eine Beeinträchtigung ihrer Rechte sah.

Martin Buber beurteilte im November 1948 in einem Aufsatz *„Schluss mit leeren Worten!“* die Entwicklung der Lage:

„Im Anfang akzeptierte dieses Volk das Eindringen mit Duldung, zum Teil sogar mit gutem Willen aus dem instinktiven Gefühl für das gemeinsame Interesse an der Entwicklung des Landes, obwohl von Zeit zu Zeit die Befürchtung aufkam, es könnte ihm ein ihrer Lebensweise fremder Rhythmus aufgezwungen werden. Jetzt aber entsteht eine viel realere Befürchtung, man wolle ihm die Lebensgrundlagen entziehen, und wenn nicht ihm selbst, so doch den Nachkommen.“⁸

Er macht das Streben nach einem jüdischen Staat dafür verantwortlich: „Im gleichen Maße, wie sich zu dieser Aktion politische Forderungen gesellten, sah man bei dem anderen Volk Zeichen des Unwillens, der Gegnerschaft und des Hasses.“ (ebd.) Für die Unruhen in den Zwanziger- und Dreißigerjahren können solche Bestrebungen allerdings noch nicht verantwortlich gemacht werden. Eher war dafür das Gefühl zahlenmäßiger und wirtschaftlicher Unterlegenheit ausschlaggebend. Jedenfalls hatte bereits 1937 eine Untersuchungskommission, die Peel-Kommission“ die Teilung des Landes empfohlen, ein Plan, der durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs vorläufig nicht weiter verfolgt wurde.

In der Folgezeit kam es auch zu Attentaten jüdischer Milizen gegen die britische Mandatsmacht. Am spektakulärsten war der Anschlag des Irgun, einer Untergruppierung der inoffiziellen israelischen Streitkräfte, unter Leitung des späteren Ministerpräsidenten Menachem Begin am 22. Juli 1946 auf das King-David-Hotel in Jerusalem, in dem die britische Mandatsverwaltung untergebracht war. Dabei gab es 91 Tote und 45 Verletzte, darunter 15 Juden. Begin hatte zuvor die Verwaltung telefonisch gewarnt, um den Verlust von Menschenleben zu verhindern. Bis 1979 wurde allerdings diese Warnung von britischer Seite geleugnet.⁹

8. In: Beajot haSman, a.a.O., S. 292

9. Vgl. [Hrsg.] Mitchell G. BARD, *Behauptungen und Tatsachen*. Der israelisch-arabische Konflikt im Überblick, Hänssler Verlag, Holzgerlingen 2002, S. 99 ff.

2.2 Die UN-Resolution 181

Nachdem die britische Regierung gegenüber der UNO erklärt hatte, sie beabsichtige, „die Räumung Palästinas bis zum 1. August 1948 abzuschließen“,¹⁰ und eine Sonderkommission die Einzelheiten über „Die künftige Regierung Palästinas“ beraten und vorgeschlagen hatte, beschloss die Generalversammlung am 29. November 1947 einen Teilungsplan, in dem es u. a. heißt:

„Zwei Monate nach Abschluß des Abzugs der Streitkräfte der Mandatsmacht, in jedem Fall spätestens am 1. Oktober 1948, entstehen in Palästina ein unabhängiger arabischer Staat und ein unabhängiger jüdischer Staat sowie das in Teil III dieses Plans vorgesehene internationale Sonderregime für die Stadt Jerusalem.“¹¹

Für die spätere Diskussion und Entwicklung sind dabei drei Dinge wichtig:

1. Der Name „Palästina“ ist in diesem Beschluss nicht für einen der zu bildenden Staaten vorgesehen, sondern für das gesamte bisherige Mandatsgebiet vorgesehen. Demgemäß gab es auch bis zur arabischen Auflehnung gegen die israelische Besetzung des Westjordanlandes durch Israel den Begriff „Palästinenser“ nicht als Volksbezeichnung.
2. Die Resolution bezeichnet die beiden zu bildenden Staaten als „arabischen“ und als „jüdischen“ Staat. Damit ist nichts über deren Namen, wohl aber über deren nationale Prägung gesagt. Wenn also in heutige Diskussionen die Bezeichnung des Staates Israel als „jüdischen“ Staat als rassistisch bezeichnet wird, ist dies als Vorwurf gegenüber Israel inkorrekt, da diese dem ausdrücklichen Beschluss der UNO entspricht.
3. Jerusalem sollte nach diesem Beschluss zu keinem der beiden Staaten gehören, sondern unter internationale Verwaltung gestellt werden. Offensichtlich war man sich bewusst, dass das Jerusalem-Problem zumindest vorläufig nicht zu lösen sein wird.

Die Resolution traf auch Beschlüsse hinsichtlich des Verhältnisses beider Staaten zueinander. So wird in Abschnitt D u.a. geregelt:¹²

„1. Der Provisorische Regierungsrat eines jeden Staates geht eine Verpflichtung in bezug auf die Wirtschaftsunion und den Transit ein. [...] Die Verpflichtungserklärung enthält Bestimmungen zur Errichtung der Palästinischen Wirtschaftsunion und zur Regelung anderer Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse. Falls die Provisorischen Regierungsräte die Verpflichtung nicht bis zum 1. April 1948 eingegangen sind, wird sie von der Kommission

10. RESOLUTION DER GENERALVERSAMMLUNG, verabschiedet am 29. November 1947, Deutscher Übersetzungsdienst, Vereinte Nationen, New York Februar 1993, Teil A, S. 1

11. Teilungsplan, Teil I, A, 3; S. 3

12. a.a.O., S. 10

in Kraft gesetzt.“

Man begnügte sich jedoch nicht mit allgemeinen Erklärungen, sondern nannte auch Einzelheiten:

„2. Die Palästinische Wirtschaftsunion hat folgende Ziele:

- a) Schaffung einer Zollunion;
- b) Schaffung eines gemeinsamen Währungssystems mit einem einzigen Wechselkurs;
- c) Betrieb von Eisenbahnen, Straßenverbindungen zwischen den Staaten, Post- und Fernmeldediensten sowie von Häfen und Flughäfen, die in den internationalen Handel einbezogen sind, im gemeinsamen Interesse und auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung;
- d) gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere hinsichtlich Bewässerung, Landgewinnung und Bodenerhaltung;
- e) Zugang beider Staaten und der Stadt Jerusalem zu Wasser und Energiequellen auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung.“¹³

Da es nie zur vollen Verwirklichung dieser Resolution kam, sind diese Bestimmungen so gut wie nie ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit geraten.

Auch das Staatsbürger- und Wohnrecht ist klar geregelt:

„1. *Staatsangehörigkeit*. In Palästina außerhalb der Stadt Jerusalem ansässige palästinische Staatsbürger sowie Araber und Juden, die, ohne palästinische Staatsbürger zu sein, in Palästina außerhalb der Stadt Jerusalem ansässig sind, werden nach der Anerkennung der Unabhängigkeit Bürger des Staates, in dem sie ihren Wohnsitz haben, und genießen alle bürgerlichen und politischen Rechte. Personen, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, können sich innerhalb eines Jahres vom Zeitpunkt der Anerkennung der Unabhängigkeit des Staates, in dem sie ihren Wohnsitz haben, für die Staatsangehörigkeit des anderen Staates entscheiden, mit der Maßgabe, daß kein im Gebiet des geplanten arabischen Staates ansässiger Araber das Recht hat, sich für die Staatsangehörigkeit des geplanten jüdischen Staates zu entscheiden, und kein in dem geplanten jüdischen Staat ansässiger Jude das Recht hat, sich für die Staatsangehörigkeit des geplanten arabischen Staates zu entscheiden. Die Ausübung dieses Optionsrechts erstreckt sich auch auf die Ehefrauen und Kinder der Optanten, soweit die Kinder das achtzehnte Lebensjahr nicht vollendet haben.“¹⁴

Die Resolution geht zunächst davon aus, dass jeder Bewohner die Staatsangehörigkeit des Staates besitzt, auf dessen Territorium er wohnt. Er besitzt jedoch die Möglichkeit und das Recht die Staatsangehörigkeit des anderen Staates zu wählen, wenn er dem betreffenden Volk angehört. Allerdings kann ein Araber im

13. a.a.O., S. 11

14. Teil I, C, Kap. 3, a.a.O., S. 9

arabischen Teil nicht jüdischer Staatsbürger und ein Jude im jüdischen Teil nicht arabischer Staatsbürger werden.

Damit standen alle Bewohner des Landes vor der Wahl, entweder ihren bisherigen Wohnsitz zu behalten und Staatsbürger des betreffenden Staates zu werden, was viele arabische Bewohner in Galiläa oder Haifa taten, oder die Staatsangehörigkeit des anderen Staates zu wählen, dann aber logischerweise auch dorthin überzusiedeln. Es ist daher falsch, diese Umsiedler, die aus welchen Gründen auch immer den jüdisch-israelischen Staat verlassen haben, als „Flüchtlinge“ zu bezeichnen.

3. Unabhängigkeitserklärung und Gestaltung des Staates

3.1 Friedensgedanken in der Unabhängigkeitserklärung

Dieser Teilungsplan gefiel keiner der beiden Seiten. Vor allem der Verzicht auf Jerusalem wurde als schmerzliche Wunde empfunden und bereits vor Inkrafttreten der Unabhängigkeit um Korrekturen der künftigen, in Teil II der Resolution genauestens festgelegten Grenzen gekämpft.

Am Tag vor dem Abzug der britischen Mandatstruppen rief David Ben Gurion in einem Kinosaal von Tel Aviv den Staat Israel aus. Die Unabhängigkeitserklärung vom 5. Ijar 5708, dem 14. Mai 1948, beginnt mit einem langen historischen Vorspann, der in den Satz mündet: „Gleich allen anderen Völkern, ist es das natürliche Recht des jüdischen Volkes, seine Geschichte unter eigener Hoheit selbst zu bestimmen.“ Nach einer Berufung auf die UN-Teilungs-Resolution und der Erklärung des Namens dieses jüdischen Staates und dem Recht auf Einwanderung („Der Name des Staates lautet Israel. Der Staat Israel wird der jüdischen Einwanderung und der Sammlung der Juden im Exil offenstehen.“) lautet dann die erste inhaltliche Bestimmung und Zielsetzung dieses Staates:

„Er wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben.“

Damit wurden wichtige Bestimmungen der Resolution 181 teilweise wörtlich aufgenommen. Man wusste jedoch, wie schwer die Umsetzung dieser Selbstverpflichtung sein würde. Deshalb erklärte man:

„Wir wenden uns - selbst inmitten mörderischer Angriffe, denen wir seit Monaten ausgesetzt sind - an die in Israel lebenden Araber mit dem Aufrufe, den Frieden zu wahren und sich aufgrund voller bürgerlicher Gleichberechtigung und entsprechender Vertretung in allen provisorischen und permanenten Organen des Staates an seinem Aufbau zu beteiligen.“

Man wollte damit eine Massenauswanderung arabischer Bürger verhindern. Der Aufruf wurde allerdings nur von einer Minderheit befolgt.

Aber nicht nur gegenüber der zu diesem Zeitpunkt noch zahlreich im jüdischen Territorium anwesenden arabischen Bevölkerung wird Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit garantiert, sondern auch gegenüber den Nachbarstaaten wurde Entsprechendes erklärt:

„Wir bieten allen unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und guter Nachbarschaft und rufen zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe mit dem selbständigen jüdischen Volk in seiner Heimat auf. Der Staat Israel ist bereit, seinen Beitrag bei gemeinsamen Bemühungen um den Fortschritt des gesamten Nahen Ostens zu leisten.“

Damit wird ein Ziel, das Martin Buber als Aufgabe der jüdischen Bevölkerung in diesem Land ansah, einem Staat als politischem Gebilde aber nicht zutraute, zum Staatsziel erklärt.

3.2 Israels Kriege

a. Der Unabhängigkeitskrieg

„Gemäß der Resolution der Weltorganisation erfolgte am 14. Mai 1948 die Proklamation des jüdischen Staates. Die parallele Gründung des arabisch-palästinensischen Staates blieb aus, da die Arabische Liga den Teilungsplan strikt ablehnte. Während jüdische Menschen in den Straßen Tel Avivs jubelnd ihren Staat begrüßten, fanden in den arabischen Hauptstädten Protestdemonstrationen statt, in deren Umfeld Einrichtungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR demoliert wurden. [...] In der Nacht vom 14. zum 15. Mai 1948 marschierten die Armeen Ägyptens, Transjordanien, Syriens, Iraks und Libanons in Palästina ein mit dem Ziel, die Proklamation des jüdischen Staates rückgängig zu machen.“¹⁵

Die arabische Darstellung datiert den Kriegsbeginn auf einem früheren Zeitpunkt. „Unmittelbar nach Verabschiedung der UN-Resolution 181(II) begann der Bürgerkrieg in Palästina und einen Tag nach der unilateralen Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel am 15. Mai 1948 begann der erste israelisch-arabische Krieg.“¹⁶ Dabei wird übergangen, dass es sich bei diesem „ersten israelisch-arabischen Krieg“ vom Mai 1948 bis April 1949 nicht um einen Bürgerkrieg handelte, sondern um einen Aufmarsch der Armeen fünf arabischer Staaten. Dies ist ein qualitativer Unterschied.

„Der erste Nahostkrieg endete im Januar 1949 mit dem militärischen Sieg Israels. Durch Vermittlung der Vereinten Nationen kamen während der folgenden Monate Waffenstillstandsverträge mit Ägypten, Libanon, Jordanien und Syrien

15. Angelika TIMM, *Ein jüdischer Staat im Lande der Väter*; in: Das Parlament Nr. 15 – 11. 4. 2005

16. www.stopptdiemauer.de/media/2006/0609rumpf.pdf

zustande. Die Waffenstillstandslinien vergrößerten das Territorium des jüdischen Staates von den im UN-Beschluss 1947 fixierten 14.100 Quadratkilometern auf 20.700 Quadratkilometer. Die Chancen für das arabisch-palästinensische Gemeinwesen waren durch die Inbesitznahme eines Teils der seitens der Vereinten Nationen dafür vorgesehenen Territorien durch Israel, die Eingliederung des Westjordanlandes und Ostjerusalems in das 1950 ausgerufene Haschemitische Königreich Jordanien sowie die Unterstellung des Gazastreifens unter ägyptische Verwaltung für einen langen Zeitraum zunichte gemacht.“¹⁷

Diese so entstandene Waffenstillstandslinie wird seit dem Sechstagekrieg als „Grenzen von 1967“ bezeichnet.

Bis heute wird der Tag der Ausrufung des Staates Israel von beiden Seiten unterschiedlich bezeichnet und begangen: von Israel als Unabhängigkeitstag, von den Arabern als „Nakba“.

„Nakba oder an-Nakba (arabisch النكبة) ist ein Ausdruck, der ›Katastrophe‹ oder ›Unglück‹ bedeutet. Er bezeichnet die als Unglück empfundene Gründung des Staates Israels am 14. Mai 1948, die Teilung Palästinas und die aus dem verlorenen Palästinakrieg resultierende Flucht und Vertreibung der Palästinenser aus dem heutigen Israel.

Geprägt wurde der Ausdruck nakba von Constantine Zurayk, einem Geschichtspräsident an der Amerikanischen Universität Beirut; er verwendete ihn erstmals in seinem 1948 erschienenen Buch Ma'nā an-Nakba (›Die Bedeutung des Unglücks‹).“¹⁸

Arabischerseits finden an diesem Tag Demonstrationen statt.

b. Der Sechstage- und der Yom-Kippur-Krieg

Nach offizieller israelischer Darstellung waren alle Kriege Israels Verteidigungskriege. Der Sechstagekrieg von 1967 brach im Zuge einer Suezkrise aus.

„Von Ägypten und Jordanien aus infiltrierte arabische Terrorkommandos Israel. Von den syrischen Golanhöhen feuerte die Artillerie auf die landwirtschaftlichen Siedlungen und Dörfer in Nordgaliläa, und eine massive Aufrüstung der arabischen Nachbarstaaten beunruhigte Israels Militärstrategen. Auf die Terroranschläge palästinensischer Kommandos antwortete die israelische Armee mit zum Teil weit ins feindliche Territorium (Gazastreifen, Westjordanland) hineintragenden Vergeltungsschlägen.“¹⁹

„Am 5. Juni 1967 führte Israel einen Präventivschlag gegen Ägypten durch. Israels Versuche, noch am selben Tag König Hussein zu überzeugen, sich nicht dem Krieg anzuschließen, scheiterten. Erst am fünften Tag griff Israel das syrische Militär auf den Golanhöhen an. Im sogenannten Sechstagekrieg besetzten israelische Truppen die ganze Sinaihalbinsel, den Gazastreifen,

17. Timm, a.a.O.

18. wikipedia

19. NahostFocus 25/09/2001; Quelle: Bundesanstalt für politische Bildung

das Westjordanland und die syrischen Golanhöhen.“ (ebd.)

Im November 1967 verfasste die UNO die oft zitierte Resolution 242. Allerdings ist bis heute umstritten was sie eigentlich fordert. „Während der englische Text der Resolution vom Rückzug aus besetzten Gebieten spricht, fordert die französische und spanische Version den Rückzug aus den, das hieß aus allen eroberten Gebieten.“²⁰

Am 6. Oktober 1973, am Jom Kippur (Versöhnungstag), starteten Ägypten am Suezkanal und Syrien auf den Golanhöhen einen koordinierten Überraschungsangriff gegen Israel. Dieser Jom-Kippur-Krieg dauerte drei Wochen und brachte Israel in den ersten Tagen an den Rand einer vernichtenden Niederlage.

Am 22. Oktober 1973 forderte der UN-Sicherheitsrat die kriegführenden Parteien auf, die Kriegshandlungen sofort einzustellen und die Resolution 242 in allen Teilen zu befolgen.

3.3 Die weitere Entwicklung

a. Innenpolitisch

Der Überraschungsangriff stürzte Israel in eine schwere innenpolitische Krise. Vor allem die Ministerpräsidentin Golda Meir und Minister Moshe Dayan gerieten in die Kritik. Golda Meir trat zurück. Bei den Neuwahlen wurde Jizchak Rabin zum Ministerpräsidenten gewählt, Schimon Peres wurde Verteidigungsminister. Doch 1977 kam es erneut zu Wahlen; hier errang für Jahre der Likud-Block die parlamentarische Mehrheit. Israel ist eben eine Demokratie mit allen Vor- und Nachteilen! Viel hängt von der jeweiligen Stimmung im Volk ab; außerdem ist die jüdische Bevölkerung aufgrund ihrer Herkunftsländer keineswegs homogen. Aber es gibt einen obersten Gerichtshof, der in vielen Fällen schon unrechtmäßige Regierungsentscheidungen zurückgenommen hat.

In dieser Zeit wurde eine Art „Ersitzungspolitik“ betrieben, d.h. man versuchte, durch Gründung von jüdischen Siedlungen im besetzten Gebiet und den dadurch bedingten Aufschwung dieser Gebiete die arabische Bevölkerung von den Vorteilen einer Annexion ihres Gebietes zu überzeugen. Jerusalem und die Golanhöhen wurden direkt annektiert.

b. Verhältnis zu Ägypten und Jordanien

Andererseits kam es gerade unter dieser Regierung auch zu einem Friedensvertrag mit Ägypten. Im November 1977 besuchte der damalige ägyptische Präsident Muhammad Anwar al-Sadat die Knesset und anerkannte damit als erster arabischer Staat die Existenz des Staates Israel.

Unter Führung des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter kam es nach langen Verhandlungen in Camp David 1978 zu einer Vereinbarung, die eigentlich

20. Markus A. Weingardt, Deutsche Israel- und Nahostpolitik, Campus Verlag, 2002, S.

den gesamten Nahen Osten betraf, zunächst aber nur zwischen Israel und Ägypten umgesetzt wurde. Am 26. März 1979 unterzeichneten Israel und Ägypten einen Friedensvertrag. Israel räumte 1982 die Sinai-Halbinsel, 1981 wurde allerdings Sadat von islamistischen Fundamentalisten ermordet.

Mit seinem Nachfolger Hosni Mubarak herrscht seither ein „kalter Friede“, d.h. man hält sich an die Vereinbarungen, ohne dass es zu einem freundschaftlichen Verhältnis gekommen wäre.

Anders verliefen die Beziehungen zu Jordanien. König Hussein unterhielt zwar keine Beziehungen zu Israel, aber inoffiziell funktionierte der Warenaustausch und der Tourismusverkehr am einzigen Grenzübergang zwischen Israel und Jordanien. Allerdings durften Touristen kein israelisches Visum in ihrem Reisepass haben; denn damit wäre die Existenz Israels formal anerkannt worden.

Im Oktober 1994 einigte man sich auf einen Friedensvertrag. Israels Premier Rabin und sein jordanischer Amtskollege Madschali paraphierten am 17. Oktober das Dokument in Amman. Der Friedensvertrag wurde am 27. Oktober im gemeinsamen Grenzgebiet und in Anwesenheit von USA-Präsident Clinton offiziell unterzeichnet. Seither herrschen zwischen beiden Staaten normale Beziehungen sowohl im Blick auf wirtschaftlichen Warenaustausch als auch hinsichtlich des Reiseverkehrs. Davon machen nicht nur internationale Touristen, sondern auch Israelis reichlich Gebrauch.

3.4 Wirtschaftliche Entwicklung

Der Staat Israel erlebte seit seiner Gründung eine blühende wirtschaftliche Entwicklung. Angesichts der hohen militärischen Ausgaben ist dies allerdings nur mit internationaler Unterstützung möglich. Dazu trugen vor allem die Kibbuzim bei, die für den hohen Export an landwirtschaftlichen Produkten sorgen, auch wenn diese mittlerweile selbst in eine wirtschaftliche Krise geraten sind.

Dazu trug vor allem auch die Erschließung des Negev bei. David Ben Gurion gab die Parole aus: „Im Negev werden sich die Kreativität und der Pioniergeist Israels beweisen.“ Er selbst nahm nach seinem Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten seinen Wohnsitz in dem Negev-Kibbuz Sde Boqer, wo er auch begraben ist. Dort befindet sich auch eine Abteilung der Universität Beerscheva, die insbesondere die Landwirtschaft in ariden Zonen erforscht.

Einen wichtigen Beitrag zur Landesentwicklung leistet der israelische Nationalfonds, KKL. Er legte in vorstaatlicher Zeit durch Landerwerb den Grundstock für die Ansiedlung von Einwanderern und Gründung von Kibbuzim. Heute macht er sich durch Pflanzung von Wäldern, Wasserbewirtschaftung und Einrichtung von Freizeitanlagen verdient.

Israel ist außerdem ein High-Tech-Land. Es ist eine der führenden Nationen in Computertechnologie, in Medizin und sonstiger Forschung, die von der Entwicklung von Bakterien gegen Ölverschmutzung über Dünger aus Algen bis hin

zur Krebs- und Hirnforschung reicht.

Auch die arabische Bevölkerung in den besetzten Gebieten profitiert von diesem Fortschritt, kann dies aber nicht als Ersatz für nationale Eigenständigkeit ansehen und deshalb auf staatliche Selbständigkeit verzichten.

3.5 Siedlungspolitik

Eine der umstrittensten politischen Fragen ist die Siedlungspolitik. Erstmals unter der Likud-Regierung Menachim Begins massiv betrieben, erweist sie sich heute als fast unlösbares Problem. Internationale Forderungen auf Preisgabe aller Siedlungen in den besetzten Gebieten hören sich leichter an, als sie zu verwirklichen sind. Einerseits stellen diese Siedlungen ein innenpolitisch ideologisches Problem dar.

Die Bewegung „Gush Emunim“, eine bedeutendsten Siedlerbewegungen, sieht den Sinn des Zionismus darin, dafür zu sorgen, daß alle Juden der Welt in Palästina gesammelt werden, damit der mehrstufige Erlösungsweg entsprechend dem aschkenasischen Oberrabbiner (1921- 1935) Rabbi Abraham Jitzhak Kook beginnen kann: „Zuerst die Erlösung des Landes, dann die Erlösung des Volkes und zuletzt die Erlösung der Welt“. Auf diesem Hintergrund ist ihre Hartnäckigkeit verständlich, wenn auch wie alle fundamentalistischen Ideologien fragwürdig.

Gush Emunim (Block der Treuen) verharrt jedoch nicht nur in bestehenden Siedlungen, sondern versucht durch demonstrative Aktionen das Recht oder gar die Verpflichtung, das ganze einstige biblische Land zu besetzen durchzusetzen. So konnte man im Dezember 2007 in einem Nachrichtendienst lesen:

„Einige Tausend Israelis zogen gestern zu acht Hügeln, wo neue Siedlungsaußenposten entstehen sollen. Sie entzündeten dort die Chanukka-Leuchter auf den Gipfeln und wollen damit an Ministerpräsident Olmert die Botschaft übermitteln, dass sie fest gegen weitere Gebietsübergaben von Eretz Israel an die Palästinenser stehen. Mit Schlafsäcken versehen, sangen sie Chanukka-Lieder am Lagerfeuer und verliehen ihrer uneingeschränkten Liebe zum biblischen Kernland Ausdruck. Diese Aktion wurde von der Organisation der „Getreuen von Eretz Israel“ organisiert, die schon am vergangenen Laubhüttenfest fünf neue Siedlungsposten ins Leben riefen.“²¹

Solche Aktivitäten dienen nicht dem Frieden und der Sicherung der Existenz Israels als Staat, sondern wirken kontraproduktiv, da sie den Widerstand der Palästinenser provozieren und die öffentliche Meinung der Völkerwelt gegen sich aufbringen.

3.6 Intifada, Terror, Zaun und Mauer

a. Erste und zweite Intifada

21. Israel Heute, 10. 12. 2007

Die erste Intifada begann 1987. Sie war durch Steine werfende Kinder und Jugendliche gekennzeichnet, und man ist sich nicht einig, ob es sich um einen Aufstand gegen die israelische Besatzung oder gegen die Tatenlosigkeit der eigenen Führer handelte. Mit der Unterzeichnung des Oslo-Vertrags 1993 endete sie infolge neu aufkeimender Hoffnung.

Die zweite Intifada begann nach allgemeiner Datierung im September 2000 und war durch die Wahl der Mittel wesentlich gewalttätiger als die erste. Angeblich wurde sie durch den Besuch Ariel Scharons auf dem Tempelberg verursacht.

Allerdings litt Israel seit 1993 zunehmend unter Selbstmordanschlägen. Besonders viele Tote und Verletzte erforderte z.B. ein Anschlag im August 1997 auf dem jüdischen Markt in West-Jerusalem an der Jaffa-Straße. „Zwischen 1993 und 2000 wurden rund 40 solcher Anschläge verübt. In der so genannten zweiten Intifada schnellte die Zahl in die Höhe: Über 80 Selbstmordattentate wurden seither registriert, in keinem Jahr so viel wie 2002.“²² Diese Notiz zeigt, dass die Terminierung der Zweiten Intifada auf den Besuch Scharons eine verharmlosende Beschönigung darstellt. Ein Unterschied besteht lediglich in der Zahl der an solchen Attentaten beteiligten Gruppen. „Seit 2001 greifen auch Arafats Al-Aksa-Brigaden und andere Gruppen zur Waffe des Attentats. Die Hamas verübte dennoch fast die Hälfte aller Anschläge. Etwa ein Fünftel geht auf das Konto des Islamischen Dschihad, rund ein Drittel auf das der Al-Aksa-Brigaden.“ (ebd.)

b. Schutzzaun und Mauer

Was konnte Israel diesem Terror entgegensetzen? Da die Attentäter aus den besetzten Gebieten kamen, versuchte Israel, diese vom eigentlichen Gebiet Israels abzugrenzen. Dies erfolgte durch einen Zaun, an Stellen, die Einschussmöglichkeiten auf bewohntes Gebiet bzw. Autostraßen boten durch den Bau einer Mauer. Seither konnten Selbstmordanschläge auf israelischem Territorium schon im Ansatz verhindert werden. Anders verhält es sich auf Straßen in der Nähe von Siedlungen im besetzten Gebiet, obwohl auch diese durch Zäune geschützt sind.

Umstritten ist vor allem der Verlauf des Zauns. „»Wir bauen entlang einer Strecke, die unter militärischen Gesichtspunkten sinnvoll ist.« Kurz und knapp bringt Oberstleutnant Schai Brovender auf den Punkt, was er zu sagen hat.“²³ In diesem Bericht heißt es weiter: „Auf einer Länge von 40 bis 50 Kilometern entsteht eine Mauer, die Scharfschützen daran hindern soll, auf Israelis zu schießen.“ an anderer Stelle: „Brovender, der als Batallionskommandeur im Zentralabschnitt maßgeblich den Bau der Sperranlage mitverantwortet, ist sich der humanitären Folgen, die durch den Bau für die palästinensische Bevölkerung ent-

22. WELT.online, 21. August 2003

23. Israelnetz 04/05/13

stehen, durchaus bewusst.“

Diese bestehen teilweise darin, dass palästinensische Bauern mitunter große Umwege in Kauf nehmen müssen, um ihre Felder zu erreichen. Denn: „Außer fünf großen Terminals gibt es alle paar Kilometer Tore im Zaun, die je nach örtlichen Bedürfnissen genutzt werden.“ Außerdem verläuft dieser Zaun aufgrund strategischer Erfordernisse nicht immer genau auf der sog. „grünen Linie“. Für den Bau mit dem entsprechenden Sicherheitsstreifen mussten auch zahlreiche Olivenbäume entfernt werden. „Bislang wurden im Auftrag der israelischen Armee 90.000 Olivenbäume nicht nur ausgerissen, wie weltweit berichtet, sondern auch wieder eingepflanzt und teilweise bis zu drei Monate lang zum Anwachsen bewässert. Außerdem haben Palästinenser das Recht, bei ungerechter Behandlung vor dem Obersten Gerichtshof in Israel Klage einzureichen.“ (ebd.)

Entsprechend berichtet Michael Krupp in einer Pressemitteilung vom 20. 6. 2006: „Am vergangenen Donnerstag hatte das Hohe Gericht angeordnet, dass eine fünf Kilometer lange Strecke des Zaunes nahe Zufim abgerissen werden muss. Palästinenser und Menschenrechtsorganisationen hatten Petitionen gegen den Bau der Sperranlage eingereicht. Sie werfen der israelischen Regierung vor, den Zaun nicht zum Schutze Israels zu errichten, sondern zum Ausbau ihrer Siedlungen.“ Solche Berichte werden in der Öffentlichkeit meist überhört, wobei man sich nicht des Eindrucks erwehren kann, dass man sie nicht wahrhaben will, um Israel leichter als „Apartheidsstaat“ und das Palästinensergebiet als „Bantustan“ bezeichnen zu können.

c. Der Gazastreifen

Dieses Gebiet hat nie zu Israel gehört, sondern zu Ägypten, wurde aber bei dem Friedensvertrag von 1979 von Ägypten nicht zurückgenommen, sondern unter israelischer Verwaltung belassen. Seither entwickelte es sich noch mehr als vorher zur Problemzone. 2005 entschloss sich Ministerpräsident Sharon zum Rückzug aus dem Gazastreifen. Dies führte zu heftigen, teilweise gewalttätigen Protesten der jüdischen Siedler. Andere riefen einen Fasttag gegen den Abzug aus.²⁴ Im August 2005 kam es dann zum Rückzug Israels aus dem Gaza-Streifen. Allerdings war dies ein zweifelhafter Erfolg. Seither werden die israelischen Grenzgebiete zum Gaza-Streifen fast täglich mit Kassam-Raketen beschossen. So meldete der Nachrichtendienst Israel heute beispielsweise am 20. Mai 2007: „Heute gab die israelische Polizei bekannt, dass seit vergangener Dienstag die Stadt Sderot und die umliegenden Orte von mehr als 125 Kassam-Raketen aus dem Gazastreifen getroffen wurden. Ein erneuter Raketenhagel aus dem nördlichen Gazastreifen ging heute Morgen auf Sderot und Umgebung nieder.“

24. Michael KRUPP, Pressemitteilung v. 7. 3. 2005

Unverständlich ist dies nur wenn man vergisst, dass es der im Gaza-Streifen herrschenden Hamas nicht um die Rückgewinnung der von Israel 1967 eroberten Gebiete, sondern um ganz Palästina geht. „Wir wollen ganz Palästina – mit jedem Zentimeter – vom Meer bis zum Fluss, von Rosh Hanikra bis Rafiah. Wenn wir einen Staat in den Grenzen von 1967 errichten können, werden wir das tun, aber das bedeutet nicht, dass wir auf unser Recht auf jeden Zentimeter der palästinensische Erde verzichten werden“, so A-Zahar, zitierte die Botschaft des Staates Israel am 23. 10. 2006 aus einem Bericht der israelischen Tageszeitung Haaretz vom 22.10.06.

Unterstützung findet die Hamas u.a. durch den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad. So berichtete DIE WELT bereits 2005: „Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat öffentlich gefordert, Israel von der Landkarte zu löschen. In einer Rede auf einer Konferenz mit dem Titel »Die Welt ohne Zionismus« sagte Ahmadinedschad in Teheran: »Wie es der Imam (Ayatollah Khomeini) gesagt hat, Israel muß von der Landkarte radiert werden«. [...] »Jeder, der Israel anerkennt, wird im Zornesfeuer der islamischen Nation verbrennen«, sagte der Präsident weiter. Eine Anerkennung des jüdischen Staates bedeute, daß man die Aufgabe und Niederlage der islamischen Welt hinnehme.“²⁵

Auch diese Drohungen gehören zur Wirklichkeit des heutigen Staates Israel.

Abgeschlossen 12. Dezember 2007

25. (Die Welt) COMPASS 05/10/27

Gliederung

1. *Jahrtausende Israelsehnsucht*
 - 1.1 *Seder und Pijutim*
 - 1.2 *Ein Brief aus Jerusalem*
 - 1.3 *Zionismus – Land oder Staat*
 - a. *Basel und der erste Zionistenkongress 1897*
 - b. *Martin Buber*
 - 1.4 *Heimstätte*
2. *Vom Völkerbund zur UN-Resolution 181*
 - 2.1 *Das halbherzige Mandat und seine Folgen*
 - 2.2 *Die UN-Resolution 181*
3. *Unabhängigkeitserklärung und Gestaltung des Staates*
 - 3.1 *Friedensgedanken in der Unabhängigkeitserklärung*
 - 3.2 *Israels Kriege*
 - a. *Der Unabhängigkeitskrieg*
 - b. *Der Sechstage- und der Yom-Kippur-Krieg*
 - 3.3 *Die weitere Entwicklung*
 - a. *Innenpolitisch*
 - b. *Verhältnis zu Ägypten und Jordanien*
 - 3.4 *Wirtschaftliche Entwicklung*
 - 3.5 *Siedlungspolitik*
 - 3.6 *Intifada, Terror, Zaun und Mauer*
 - a. *Erste und zweite Intifada*
 - b. *Schutzzaun und Mauer*
 - c. *Der Gazastreifen*